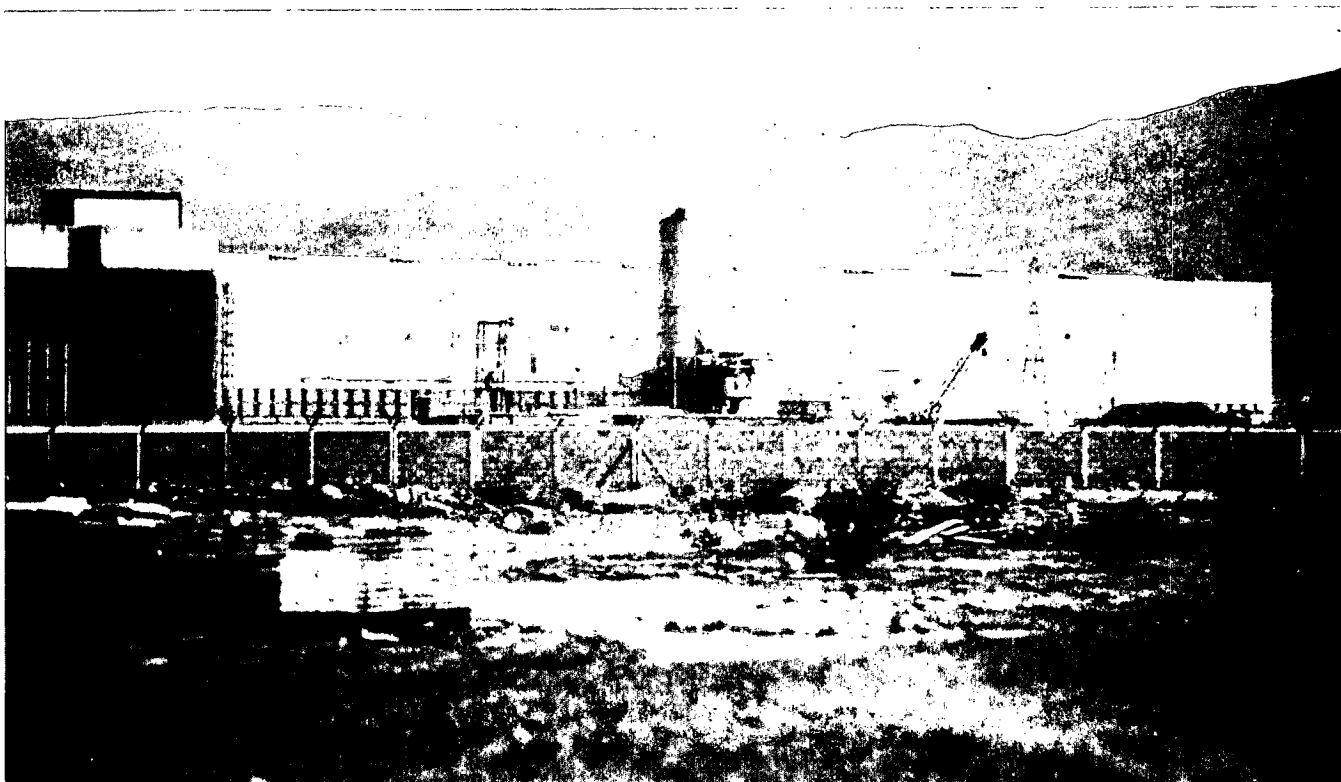




Libysche Giftgasfabrik in Rabita: „Gesamtpreis 255 871 000 Deutsche Mark“

— Affären —

Vier Wochen Vorsprung

Bislang unbekannte Papiere belegen: Bonn hat die Ermittlungen gegen die Erbauer von Gaddafis Giftgasfabrik erschwert. Der wichtigste Tip wurde verschlampt.

Jürgen Hippenstiel-Imhausen, 49, prominentester Untersuchungshäftling in der Mannheimer Justizvollzugsanstalt, hatte schon immer ein Händchen fürs große Geschäft.

Der Ex-Geschäftsführer der Lahrer Imhausen Chemie GmbH, der seit dem 10. Mai letzten Jahres inhaftiert ist, steht vom Montag dieser Woche an vor der 3. Wirtschaftsstrafkammer des Mannheimer Landgerichts, weil er laut Anklage „hinreichend verdächtig“ ist, „an der Planung und Errichtung“ der Giftgasfabrik des libyschen Obersten Muammar el-Gaddafi im Wüstenort Rabita „entscheidend mitgewirkt“ zu haben.

Dadurch habe sich der Angeklagte, so die Mannheimer Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen, eines Vergehens gegen das Außenwirtschaftsgesetz schuldig gemacht – Höchststrafe: drei Jahre Haft.

Jetzt bereitet Hippenstiel-Imhausen (Spitzname: „Hippi“) aufs neue ein

großes Ding vor. Seine Anwälte planen einen Deal mit der deutschen Justiz.

Im Prozeß will der Mann mit dem Vtermörder-Kragen die ihm von der Staatsanwaltschaft vorgeworfenen Taten aus taktischen Gründen teilweise einräumen – so zum Beispiel, daß seine Firma Ausrüstungsteile für Rabita geliefert habe. Im Gegenzug erwartet der stets cool wirkende Geschäftsmann, daß er noch im Laufe des Prozesses den Gerichtssaal als freier Mann verlassen kann.

Zwar hat ihm die Staatsanwaltschaft in einer weiteren Anklage die Hinterziehung von rund 15 Millionen Mark Steuern vorgeworfen. Doch auch in diesem Punkt möchte sich der Angeklagte, der schon seit 13 Monaten in Untersuchungshaft sitzt, kompromißbereit zeigen: Seine Anwälte wollen Zahlungsbereitschaft signalisieren und auf diese Weise eine Reduzierung des Strafmaßes erwirken.

Zum Einlenken hat Hippenstiel allen Grund: Die Beweise sind erdrückend, und bislang unbekannte Dokumente belegen sogar, daß der Giftgas-Deal mit Gaddafi, der die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Anfang letzten Jahres erheblich störte, wesentlich umfangreicher war, als bislang publik geworden ist.

Wenige Tage vor Beginn des Prozesses gegen Hippenstiel-Imhausen ging der Staatsanwaltschaft ein Dokument zu, das den Angeklagten schwer belastet und vor allem dem Vorwurf der Steuerhinterziehung eine ganz neue Dimension verleiht.

Das erdrückende Beweisstück ist die Kopie eines geheimen Vertrages, den die Imhausen Chemie am 24. September 1984 in Wien mit einem libyschen Staatsunternehmen, das seinen Sitz auf Malta hatte, über die Lieferung der Chemieanlage (Tarnname: „Pharma 150“) abschloß. Offizieller Unternehmenszweck: die Herstellung 50 verschiedener Medikamente.

Die Ermittler überraschte dabei vor allem die Höhe des Auftragsvolumens: Als „Gesamtpreis“ wurden exakt „255 871 000 Deutsche Mark“ vereinbart. Die Fahnder waren bis dahin von rund 90 Millionen Mark ausgegangen.

Die neuen Erkenntnisse über das enorme Geschäftsvolumen haben nach vorläufigen Schätzungen von Verfahrensbeteiligten zur Folge, daß sich die Summe der hinterzogenen Steuern von bisher angenommenen rund 15 Millionen Mark auf nahezu 60 Millionen Mark vervierfacht. Damit würde einer der recht seltenen Fälle von besonders schwerer Steuerhinterziehung vorliegen – Höchststrafe: zehn Jahre Gefängnis.

Die Vereinbarung von Wien habe, so die Ermittler, Hippenstiel-Imhausen persönlich unterschrieben – im Beisein einer libyschen Abordnung. Zu den Unterzeichnern gehörte, neben einem libyschen Regierungsvertreter, auch der Exil-Iraker Ishan Barbouti, der als Berater Gaddafis das Geschäft vermittelt hatte.

Auch die Lieferung einer wesentlich kleineren Chemieanlage, die Imhausen

Ende 1984 mit einer Firma in Hongkong vereinbarte und über die Schweiz abwickelte, hatte nach neuen Erkenntnissen der Fahnder vor allem fiskalische Gründe. Leistungen, die Imhausen für das Werk in Libyen erbrachte, sollen steuerlich über das Hongkong-Projekt abgerechnet worden sein.

Daß nun lediglich Imhausen-Hippenstiel und niemand sonst auf der Anklagebank sitzt, obwohl gegen 18 weitere Personen ermittelt wird, führen Fahnder auf einen Skandal im Skandal zurück: den Umstand, daß ihre Arbeit aus politischen Gründen durch die Bundesregierung behindert wurde. Dabei war Bonn, wie sich jetzt herausstellt, früher und besser über den Skandal informiert, als die Regierung zunächst beteuerte.

Die Vorwürfe der Fahnder werden durch einen Insider aus dem Bonner Regierungsapparat gestützt: den Diplomat Detlef Lingemann, Legationsrat Erster Klasse in der westdeutschen Botschaft im afrikanischen Burkina Faso, davor in der sowjetischen Botschaft in Moskau.

Lingemann verbrachte am 16. Januar letzten Jahres seinen Heimaturlaub in der Bundesrepublik, als der SPIEGEL mit der Titelgeschichte „Giftgasfabrik: Die Beweise liegen vor“ erschien. Tags darauf eilte der Diplomat ins Auswärtige Amt (AA), um brisantes Wissen zu offenbaren.

Lingemann, den das öffentliche Verwirrspiel um die Giftgasfabrik empörte, teilte dem AA-Referatsleiter für Exportkontrollfragen, Klaus Ackermann, mit, schon 1985 habe auf sein Anraten der damalige Bonner Botschafter in Moskau, Jörg Kastl, das Außenministerium darauf aufmerksam gemacht, daß die Firma Imhausen Chemie GmbH sowie ein bundeseigener Konzern am Bau einer Giftgasfabrik für Gaddafi beteiligt seien.



Gaddafi-Berater Barbuti
Geheimvertrag in Wien

DER SPIEGEL

C 7097 C
Nr. 3
43. Jahrgang - DM 4,30
18. Januar 1989

Der Giftgas-Skandal



Gaddafi-Partner
Imhausen

SPIEGEL-Titel 3/1989: Cool mit Vaternörder

Ackermann ließ das Aktenmaterial aus dem Jahre 1985 durchforsten und wurde fündig. Tatsächlich war im AA am 5. Juli 1985 ein vertrauliches Telex aus Moskau mit einem entsprechenden Hinweis eingetroffen – „Betrifft: Verdacht einer Lieferung einer Giftgasanlage durch deutsche Unternehmen via Hongkong nach Libyen“.

Kaum zu glauben: Das Außenministerium hatte es 1985 unterlassen, bei seinen Diplomaten in Moskau nachzufragen, woher die Informationen stammten, und Details abzufragen.

Nach Lingemanns Besuch fertigte Ackermann, immerhin, einen Vermerk über den Tip aus der Botschaft und über den Telex-Fund. Der Genscher-Beamte hielt, unter dem Datum 17. Januar 1989, außerdem fest, Lingemann habe Hinweise „auf einen Staatskonzern (Firma Salzgitter AG)“ gegeben.

Damit war mindestens seit jenem Tag aktenkundig, daß der Salzgitter-Konzern verdächtigt wurde, in das Giftgasgeschäft verstrickt zu sein. Das AA informierte darüber zwar das Bundeskanzleramt – aber das war's dann auch.

Dabei fahndete damals, bereits seit Anfang Januar, eine 20köpfige Sonderkommission aus Vertretern des Bundeskriminalamts, des Kölner Zollkriminalinstituts, der Zollfahndung und der Staatsanwaltschaft nach den Beteiligten des Giftgasskandals. Die Soko wurde von Kohls Kanzleramt weder über den neuen Zeugen noch über den Verdacht gegen Salzgitter informiert.

Erst am 15. Februar 1989 gegen 9.15 Uhr, vier Wochen nach dem Lingemann-Besuch im AA, meldete sich Carsten Hegerfeldt, Ministerialrat im Bundeskanzleramt, bei den Mannheimer Wirtschaftsstaatsanwälten, die inzwischen den Fall bearbeiteten. Telefonisch übermittelte Hegerfeldt den Ermittlern den Namen Lingemann. Begründet wurde die Verzögerung mit der Behauptung, „erst jetzt“ sei das Amt auf den Bericht der Deutschen Botschaft in Moskau vom 5. Juli 1985 gestoßen.

Der Anruf aus dem Kanzleramt kam offenbar nicht von ungefähr just zu jenem Zeitpunkt. Am selben Tag nämlich mußte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble dem Bundestag einen Bericht über die Rabita-Affäre vorlegen. Darin räumte die Regierung Kohl – nach wochen-

langen Verschleierungsversuchen – endlich ein, schon 1985 erste Hinweise auf den Libyen-Deal und die Beteiligung eines bundeseigenen Unternehmens empfangen zu haben. Durch die verzögerte Unterrichtung der Strafverfolger, klagten Ermittler, habe Bonn dem staatseigenen Konzern damals einen „vierwöchigen Vorsprung verschafft“ – Zeit genug, heiße Papiere verschwinden zu lassen.

In einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses im Dezember letzten Jahres wurde AA-Staatssekretär Hans-Werner Lautenschlager vom SPD-Bundestagsabgeordneten Norbert Gansel gefragt, ob das Versäumnis der Regierung nicht die Ermittlungen behindert habe. Daraufhin Lautenschlager: „Wenn Sie das objektiv meinen, ja.“

Jedenfalls blieb der Salzgitter-Konzern samt seiner ins Rabita-Geschäft verwickelten Tochter Salzgitter Industriebau GmbH (SIG) ungeschoren, als die Sonderkommission am 25. Januar 1989 eine bundesweite Durchsuchungsaktion gegen verdächtige Firmen startete. Statt dessen rückten noch im Januar Konzernangestellte mehrfach im „Waldhaus“ an, dem SIG-Firmensitz in Salzgitter-Drütte, um die einschlägigen Akten zu filzen.

Erst am 21. Februar 1989 konnten die Staatsanwälte den Zeugen Detlef Lingemann befragen, und erst im April durchwühlten die Suchtrupps der Fahnder Büros des Salzgitter-Konzerns.

Die SIG und Imhausen hatten schon seit Anfang der siebziger Jahre eng zu-



Bonner Moskau-Botschafter Kastl: Warnung per Telex

sammengearbeitet. So lag es nahe, daß die SIG das gesamte Engineering für das Tarnobjekt „Pharma 150“ übernahm und den Partner Imhausen beispielsweise mit Plänen für Hallen, Türen und Fenster belieferte.

Die Behörden, die davon ausgehen, daß der bundeseigene Konzern „noch tiefer drinsteckt“ als bislang befürchtet, ermitteln derzeit gegen drei SIG-Mitarbeiter: gegen Karl-Heinz Rubin, den Technischen Leiter des Projekts, sowie die SIG-Manager Georg Sobotta und Andreas Böhm, einen engen Freund Hippenstiels.

Böhm und Hippenstiel hatten, so die Ermittler, im Dezember 1984 in Hongkong den ersten Vertrag über den Fabrikbau unterzeichnet. Bis jetzt leugnet Böhm, den mit „Hippi“ zahlreiche gemeinsame Reisen verbinden, gewußt zu haben, daß die SIG in Wahrheit die Baupläne für eine Chemiewaffenfabrik fertigte.

Böhms Version wirkt angesichts neuer Ermittlungsergebnisse nicht eben glaubhaft. Denn das Telex, mit dem der Moskauer Botschafter Kastl 1985 das Auswärtige Amt über die Beteiligung eines Bundesunternehmens am Bau einer libyschen Giftgasfabrik informierte, basiert auf einer erstklassigen Quelle: auf einem Hinweis aus dem Salzgitter-Konzern selber.

Der SIG-Manager Sobotta nämlich hatte sich im Sommer 1985 während einer Autofahrt durch Moskau dem damaligen Leiter der dortigen Salzgitter-Vertretung offenbart. Der wiederum, sichtlich schockiert, sprach wenig später auf der Straße den Legationsrat Lingemann an und vertraute ihm an, der Salzgitter-

Konzern sei an der Lieferung einer Giftgasanlage nach Libyen beteiligt.

Nach dem Gespräch sei sein Informant, erinnert sich Lingemann, „sichtlich erleichtert gewesen“. Der Diplomat informierte unverzüglich seinen Vorgesetzten Kastl, der daraufhin das Telex ans AA verfaßte – das in der Aktenablage landete.

„Ein einziger Anruf in Moskau nach dem Tipgeber“, glaubt die Grünen-Bundestagsabgeordnete Angelika Beer, „hätte Rabita verhindert.“

Terroristen

Oma im Altkader

Die Stasi hat, vermuten Experten nach der Verhaftung von Susanne Albrecht, mehreren westdeutschen Terroristen Unterschlupf verschafft.

Wenn es um den Zufluchtsort der als Top-Terroristin gesuchten Susanne Albrecht ging, tippten westdeutsche Fahnder meist auf den entlegenen Orient.

Mal vermuteten Verfassungsschützer die ehemalige Soziologie- und Pädagogikstudentin, die zum inneren Kreis der Roten Armee Fraktion (RAF) zählte, als Schreibkraft im Büro einer palästinensischen Befreiungsorganisation in der syrischen Hauptstadt Damaskus.

Dann glaubten Beamte des Wiesbadener Bundeskriminalamtes (BKA), daß die Frau, die vor allem wegen ihrer Beteiligung an der Ermordung des Dresdner-Bank-Chefs Jürgen Ponto 1977 ge-

sucht wurde, im Libanon untergetaucht sei. Im vom Bürgerkrieg zerrütteten Beirut habe sie dem bewaffneten Kampf abgeschworen und kümmere sich reuig als Helferin in Flüchtlingslagern um die Opfer von Gewalt und Terror.

Letzte Woche wurde offenkundig, daß die bundesdeutschen Terroristen-Jäger mit solchen Vermutungen danebenlagen und daß sich die teuren Geheimdienstapparate wieder einmal blamiert hatten. Denn statt in die weite Welt zu fliehen, hatte die international gesuchte Frau ganz in der Nähe Unterschlupf gefunden.

Beamte der DDR-Kriminalpolizei verhafteten Susanne Albrecht, 39, am vorigen Mittwoch gegen 15 Uhr in ihrer Wohnung in der Rosenbecker Straße im tristen Ost-Berliner Stadtteil Marzahn. Dort hatte die ehemalige RAF-Aktivistin – Hausaufgang Nummer drei, zweite Etage links – seit 1980 unter falschem Namen gelebt.

Die überraschende Festnahme von Frau Albrecht, die weder bewaffnet war noch Widerstand leistete, scheint einen langgehegten Verdacht der Ermittler zu bestätigen: Die alte SED-Führung unter Parteichef Erich Honecker schreckte nicht einmal davor zurück, sich abgetauchter RAF-Terroristen zu bedienen, wenn es darum ging, die Bundesrepublik zu destabilisieren.

Stolz präsentierte DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel (DSU), wegen umstrittener Methoden bei der Auflösung der Staatssicherheit in der Schußlinie, den „international beachtlichen Fahndungserfolg“. Aus Bonn gratulierte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU), der von ganz neuen Aussichten schwärmte: Die deutsch-deutsche Kooperation führe „auf dem Gebiet der inneren Sicherheit“ zu Erfolgen, „die bisher nicht möglich waren“.

Den Beamten des unerfahrenen DDR-Innenministers Diestel war gelungen, wovon westdeutsche RAF-Häscher nur noch träumen: die Festnahme eines Top-Terroristen.

Obwohl Millionensummen ausgelobt sind, obwohl die Kronzeugen-Regelung seit Juni 1989 geständigen Tätern und sogar Mördern Strafmilderung verspricht, konnten die westdeutschen Ermittler seit 1982 kein Mitglied der RAF-Kommando-Ebene mehr fassen.

Die Morde an Rüstungsmanager Ernst Zimmermann (1985), Siemens-Vorstand Karl Heinz Beckurts (1986), Top-Diplomat Gerold von Braunmühl (1986) und, letzte blutige Aktion, das tödliche Sprengstoffattentat auf den Deutsche-Bank-Chef Alfred Herrhausen im letzten Jahr blieben ungesühnt.

Die magere Bilanz, so hoffen die Fahnder, könnte schon bald aufgebessert werden. Denn der Albrecht-Zugriff ist womöglich erst der Anfang einer Rei-

* 1983 auf dem Roten Platz.